(freis. Volksp.) erwähnt, daß Semmermann, der das Urteil über die Häuptlinge gefällt habe, überhaupt nicht einmal Richter sei, sondern nur Assessor. Zur Untersuchung des Falles genüge es aber nicht, den Gouverneur hier zu vernehmen, sondern es müsse ein qualifizierter richterlicher Beamter nach Kamerun geschickt werden. Für die Vorlage werde noch ein Teil seiner Freunde stimmen, ein anderer Teil, darunter er selbst, täten dies nicht. Er für seinen Teil sei nicht gewillt, wie ein junger Ehemann mit Schulen und Struwwelen in den Himmel zu springen. — Abg. D. Arend (Reichsp.) bedauert es, daß doch ein Teil der freisinnigen Volkspartei für die Vorlage stimmen will. Es sei dies ein Fortschritt in der Stellung der freisinnigen Volkspartei zu Kolonialfragen. Das Urteil über die Vorgänge in Kamerun sollte man lieber noch vertagen, bis Genaueres darüber bekannt sei. Die Eingaben der Häuptlinge an die Kolonialverwaltung seien anscheinend gar nicht von den Häuptlingen verfaßt. Gegen die Vorlage sei nur der eine Vorwurf zu erheben, daß sie um mindestens 10 Jahre zu spät komme. Die Fortführung der Bahn müsse ja heute ausscheiden, er hoffe aber und glaube, daß sie später erfolgen werde. Je mehr wir Eisenbahnen haben, um so weniger sind Schutztruppen nötig. — Abg. Lattmann (Wirtsch. Ver.) ist als Richter aufs tiefste erschüttert über die Höhe der Strafen in dem bewußten Urteil. Zum mindesten hätte sofortige Haftentlassung oder doch Milderung der Haft in Erwägung gezogen werden sollen. Mit großer Genugtuung zitiert Redner dann einen Artikel des Abgeordneten Storz, der Kamerun als ein wunderbares Land von paradiesischer Fruchtbarkeit schildert. Bedauerlich sei, daß das Zentrum sich an der Kamerunreise anscheinend grundsätzlich nicht habe beteiligen wollen. Redner tritt dann für die Vorlage ein, bemängelt aber die gewählte Bahntrace. — Geh. Rat Seitz verteidigt die betreffende Trace. — Abg. Dove (freis. Vereinig.): Vorbehältlich von Einzelheiten stimmen wir der Vorlage zu. Wir sind keine Kolonialschwärmer, wie die Herren, die die Reise mitgemacht haben und die alle als Kolonialschwärmer zurückgekehrt sind. (Ruf: Nicht alle! Machen Sie doch erst selbst einmal eine solche Reise mit!) Meine Freunde werden eine solche Reise gern mitmachen, wenn vom Reiche aus Freifahrtkarten eingeführt werden. Wir sind also keine Kolonialschwärmer; aber nachdem wir nun einmal die Kolonien haben, müssen wir sie entwicklungsfähig zu machen bemüht sein. Die in dem Urteil gegen die Häuptlinge gefällten Strafen sind außerordentlich hoch, so hoch, daß, wenn wir hier in Deutschland solche Beleidigungsstrafen hätten, wohl niemand mehr das Duell für notwendig halten könnte. — Abg. Geßler (freis. Vp.) tritt für seine Person lebhaft für die Vorlage ein, mit Rücksicht namentlich auf den Baumwollbau. Assessorismus wollen wir in den Kolonien nicht, ebensowenig Militarismus und Plantagenwirtschaft. Die Kolonien hätten eine große Bedeutung auch für untere Arbeiter in der Textilindustrie. Die Schwankungen in deren Beschäftigung würden mit verursacht durch die Spekulation in den Baumwollpreisen. — Abg. Storz (Sudd. Vp.) will nicht als Kolonialschwärmer angesehen werden, sondern nur als ein Mann, der aus kühler, nüchterner Berechnung die Kolonialpolitik als zum Wohle des Vaterlandes dienend anerkennt. Redner befürwortet die Vorlage. — Schluß der Sitzung 6½ Uhr. — Weiterberatung morgen 1 Uhr, außerdem Militärpensionsgesetze.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Reichstags beriet heute zunächst die Denkschrift zum Etatsgesetz über die Besoldung des Personalstandes. Der Zentrumsantrag bestand sieger aus a) dem Personalstatus und b) dem Stellenplan. Der Personalstatus soll wegfallen, der Stellenplan bestehen bleiben. Auf Antrag des Zentrums wurde beschlossen, den Etatsvermerk anzunehmen, daß die nichtpensionsfähige Zulage der Gehaltsklasse A künftig wegfällt. Dieser Vermerk soll an allen entsprechenden Stellen aufgenommen werden. Angenommen wurde ferner die Novelle zum Gesetze über die Bewilligung des Wohnungsgeldzuschusses. Auf eine Anregung aus der Kommission teilte Geheimrat Jahn mit, daß nach angestellten Ermittlungen 95 Prozent aller Unterbeamten verheiratet seien. Darum habe man von einer verschiedenen Bemessung des Wohnungsgeldzuschusses für beide Klassen abgesehen. Die sich anschließende Beratung des Gesetzentwurfs betr. den Gehaltstarif und die Klassenentteilung der Orte, gelangte heute nicht zum Abschluß. — Am Schlusse der heutigen Sitzung der Steuerkommission des Reichstags wurde festgestellt, daß auf allen Seiten der von der Regierung veranschlagte Deckungsbedarf angesichts der tatsächlichen Verhältnisse entspreche. Mehr als 20 bis 25 Mill. Mk. seien an Steuerüberschüssen über das bisherige Aufkommen nicht zu erwarten. Der Deckungsbedarf betrage also tatsächlich 200 Millionen Mark. Aus der Kommission wurde gegen diese Feststellung von keiner Seite Widerspruch erhoben.

Berlin. Im Reichstage haben die Polen mit Unterstützung des Zentrums folgende Interpellation eingebracht: „Das Generalkommando des 1. Armeekorps hat unterm 19. Dezember eine Verfügung erlassen, worin im Widerspruch mit der katholischen militärkirchlichen Dienstordnung eine Aufsicht oder nachträgliche Feststellung darüber, in welcher Sprache die Mannschaften beichten oder gebeichtet haben, angeordnet wird, und zwar unter der Begründung, daß durch Erfüllung einer religiösen Pflicht in der den Mannschaften geläufigen Sprache polnischen Bestrebungen Vorschub geleistet werden könnte. Wir fragen den Herrn Reichskanzler, ob ihm diese Verfügung bekannt ist und was er zu tun gedenkt, um einem solchen Eingriff in das religiöse Leben der Mannschaften zu begegnen.“

Zur Marokko-Konferenz.

Algeciras. Die als Kommissionssitzungen abgehaltenen Vollversammlungen der Konferenz wie die für heute nachmittag angesetzte bezwecken eine Einigung vorzubereiten. Der Bericht über die Sitzungen wird nicht in das Protokoll der Konferenz aufgenommen werden. Der Meinungsaustausch soll freimütig erfolgen. Es wird also offiziell von den Worten der Telegraten nichts bleiben, und dieses gibt die Möglichkeit, auf praktischere Weise zu einer Verständigung für die offiziellen Sitzungen zu gelangen. Die Frage des Waffenschmuggels liegt für heute nachmittag zur Beratung; sie ist von Frankreich aufgeworfen worden. Die Gouverneure Algeriens haben zu wiederholten Malen auf die Notwendigkeit, den Waffenschmuggel in Marokko zu unterdrücken, hingewiesen. Die Unterdrückung dieses Schmuggels ist ebenso für den Maghzen, wie für Algerien eine wesentliche Frage. Die nach Marokko eingeführten Waffen werden von den an der algerischen Grenze ansässigen Stämmen angekauft und gelangen in großen Massen nach Algerien, wo sie einen viel höheren Preis erzielen, als in Marokko. Dieser Schmuggel wird in Marokko auf verschiedene Arten betrieben, sei es in von Booten eingeführten Kisten, die so gezeichnet sind, als ob sie Lebensmittel enthielten, sei es von Fischern. Handelshäuser in Marseille und anderen Plätzen Europas unternehmen solche Warsendungen in der Art wirklicher Handelsoperationen. Seit 1902 hat die Einfuhr von Waffen in Marokko bedeutend zugenommen, ebenso der Verkauf von Waffen im Innern Algeriens. Es ist wahrscheinlich, daß man die Einführung einer Gesetzgebung vorschlagen wird, die allgemeine internationale Billigung findet, und daß man dem Maghzen raten wird, besondere Maßregeln zu treffen, die die Konferenz angeben wird.

Straßendemonstrationen.

Hamburg. Die Polizeibehörde veröffentlicht folgende Warnung an die gesamte Bevölkerung: Um Ausschreitungen und Straftaten, wie solche am 17. Januar im Anschluß an die sozialdemokratischen Versammlungen stattgefunden haben, vorzubeugen, werden Volksversammlungen auf den Straßen unter keinen Umständen geduldet, sondern sofort mit allem Nachdruck, notigenfalls unter Anwendung von Waffengewalt seitens der Schutzmannschaft zerstreut werden. Diejenigen, die den Anordnungen der Polizeibeamten nicht unbedingt Folge leisten, werden sofort festgenommen.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Anläßlich der gestrigen Straßenkundgebungen wurde ein Schutzmann durch einen Steinwurf, ein anderer durch einen Schuß tödlich verletzt. An einer Stelle in der Gegend des Fischmarktes versuchte der Pöbel, aus umgestürzten Wagen und allerhand Gerümpel zwei Barrikaden zu errichten, die aber von den Schutzleuten rasch genommen und geräumt wurden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Von den am Schopenstehl verwundeten Schutzleuten ist einer seinen Verletzungen erlegen.

Hamburg. Die gestrigen Versammlungen waren von 15- bis 17 000 Menschen besucht. Bei dem Krawall in Schopenstehl wurden gestern abend ein Schauermann und ein Gipser verhaftet. Mehrere Schutzleute wurden schwer, darunter zwei lebensgefährlich verletzt. Von den Teilnehmern an den Ausschreitungen wurden ungefähr 30 Ladenscheiben zertrümmert und mehrere Läden ausgeraubt. In 2 Uhrenläden wurden Waren im Werte von je 10 000 Mark geraubt. Ein etwa 1000 Mann zählender Demonstrationszug erschien gegen 10 Uhr vor der Wohnung des Bürgermeisters Dr. Burchardt und brachte Hochrufe auf den Bürgermeister aus. Dieser erschien darauf auf dem Balkon seiner Wohnung und hielt eine Ansprache, in der er etwa sagte: „Ich habe Ihre Wünsche gehört; ich bitte Sie nun auf die Stadt, der Sie alle angehören, auf unser liebes Hamburg, ein kräftiges Hoch auszubringen. Unsere Vaterstadt, unser liebes Hamburg lebe hoch!“ Nachdem sich der Jubel, der diesen Worten gefolgt, gelegt hatte, bat der Bürgermeister die Versammelten, sie möchten sich nun ruhig nach Hause begeben und rief ihnen „Gute Nacht“ zu. Nach wiederholten Hochrufen kehrte der Zug nach der Stadt zurück, ohne daß die Ruhe gestört wurde. — Die Alsterdampferboote haben ihre Fahrten noch nicht wieder aufgenommen. Das Personal fordert Lohnerhöhung. Die Zahl der an der Eisenindustrie auf Steinwerder ausgesperrten Arbeiter beträgt 5000.

Hamburg. Laut polizeilicher Bekanntmachung müssen sämtliche Schank- und Speisewirtschaften, die in einer der folgenden Straßen: Schopenstehl, Niedernstraße usw. liegen, von heute ab bis auf weiteres von 6 Uhr nachmittags an geschlossen werden.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Dem Blatte „Slowo“ zufolge, soll Graf Witte erkrankt sein. — Wie gemeldet wird, befindet sich die Stadt Tschita in den Händen der Revolutionäre und wird augenblicklich bombardiert. — Die Wahllisten wurden gestern geschlossen. Die Zahl der Eingetragenen beziffert sich hier auf 21 800. — Infanterie und Artillerie ist nach der Insel Oesel abgegangen; auch verlautet, daß Gardetruppen demnächst nach Sibirien abgehen werden, um dort den Aufstand zu unterdrücken.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die „Birsh. Wied.“ melden gerüchtweise, daß in Kaukasien bereits die Republik proklamiert wurde. Ein Gouverneur ist zum Präsidenten gewählt worden, der bereits alle Funktionen eines Staatsoberhauptes ausübt.

Warschau. Die Mitglieder der anarchistisch-kommunistischen Organisation Rosenzweig, Holschein, Rifkind, Scheier und Wefer sind wegen verschiedener Bombenattentate zum Tode verurteilt und heute in der hiesigen Festung erschossen worden.

London. (Priv.-Tel.) Die „Daily Tribune“ meldet aus Petersburg, daß in Dünamünde ein Kampf zwischen Artillerie und Infanterie stattfand. Die Infanterie hatte gemeutert und die Artillerie wurde herbeigeholt, um die Meuterei zu unterdrücken. Dies erfolgte ohne große Mühe. Die Verluste beziffern sich auf 28 Tote und viele Verwundete. General Serier, welcher die Artillerie kommandierte, wurde schwer verwundet. — Die „Daily Tribune“ meldet weiter aus Petersburg, daß das Bahnhofgebäude in Samara durch eine Dynamitbombe teilweise demoliert wurde.

Berlin. (Priv.-Tel.) Aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaares sollte, wie „Das Reich“ meldet, der Erlaß einer Amnestie bevorstehen. Wie man der „Tägl. Rdsch.“ auf Nachfrage an maßgebender Stelle erklärt, ist von einer solchen Absicht nichts bekannt. — Ein hiesiges Blatt nennt als Nachfolger des Freiherrn v. Richthofen als Staatssekretär im Auswärtigen Amte den Fürsten Lichnowsky, der bereits eingetroffen und als persona gratissima beim Kaiser und dem Reichskanzler gelte. Demgegenüber wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß der Fürst für das Amt des Staatssekretärs überhaupt nicht in Frage komme, ganz einfach, weil es seinen Neigungen durchaus nicht entsprechen würde, ein so dornenvolles und arbeitsreiches Amt zu übernehmen. Daß der Fürst augenblicklich in Berlin weilt, hänge lediglich mit den Hoffestlichkeiten zusammen, bei denen das fürstliche Paar ständig Gast des Kaiserpaares sei. Ebenso stehe die Anwesenheit des Botschafters Grafen Wedel und des preußischen Gesandten in München, Grafen Pourtales, mit der Besetzung des Staatssekretärpostens nicht im Zusammenhange.

Berlin. In der heutigen Sitzung des Bundesrats ist den deutschen Niederlassungen in Tientsin und Hankau das Recht eines Kommunalverbandes verliehen worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Befinden des Staatssekretärs v. Richthofen schien gestern abend eine Besserung eingetreten zu sein. Das anfänglich entschwundene Bewußtsein war fast wieder aufgehellt. Plötzlich aber trat eine abermalige Schwäche ein, die jede Hoffnung auf Wiederherstellung zu nichte machte. Nach stundenlangem Todeskampfe trat gegen Mitternacht die Auflösung ein.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der „Reichsanzeiger“ widmet dem verstorbenen Staatssekretär des Auswärtigen Freiherrn v. Richthofen einen längeren warmen Nachruf, in dem es heißt: „Das beklagenswerte Ableben des Staatssekretärs und Staatsministers Freiherrn v. Richthofen reißt eine schwer ausfüllende Lücke in den Kreis der Männer, die durch das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers zur Mitwirkung an der auswärtigen Politik des Reiches berufen sind. In unermüdlicher Arbeit hat sich das Leben des Dahingeschiedenen verzehrt. Ein Blick auf die Staffel seiner Laufbahn beweist, daß Freiherr v. Richthofen nicht durch die Gunst der Umstände rasch emporgetragen worden ist, sondern unter wachsenden eigenen Anstrengungen seine Ämter errungen und ausgefüllt hat. Dem langen Vorbereitungswege auf dem höheren Posten, dem eisernen Fleiße in der Entwicklung seiner Gaben, verdankte er eine ausgedehnte gründliche Geschäftskenntnis, schnelles Zurechtfinden in mannigfachen Aufgaben und die oft an ihm gerühmte umsichtige Achtsamkeit, die auch Geringeres nicht vernachlässigt. Der Kaiser verliert in ihm einen treubewährten Diener, der Reichskanzler Fürst Bülow sieht sich seines nächsten, von ihm hochgeschätzten Mitarbeiters beraubt, die Beamten des Auswärtigen Amtes trauern um einen allezeit zuvorkommenden gütigen Chef. Sein Gedächtnis wird im Dienste des Reiches und Preußens für immer in Ehren bleiben.“

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt: Aus der braunschweigischen Halbmonatsschrift „Brunonia“ wird in verschiedenen Blättern folgende Mitteilung gemacht: „Dem Kaiser war vor seiner Reise nach Kopenhagen offiziell bekannt, daß der Herzog in jedem Entgegenkommen unter der Voraussetzung der Regelung der braunschweigischen Frage bereit war. Der Kaiser lehnte jede Verhandlung darauf ab. Er wünschte keine politische, sondern nur eine gesellschaftliche Unterhandlung. Daraufhin reise der Herzog frühzeitig ab.“ Hierdurch soll abermals der Anschein erweckt werden, als habe sich in der sogenannten Welfenfrage zwischen dem Kaiser und dem Herzog von Cumberland irgend etwas abgespielt. Wir stellen gegenüber diesen erfundenen Behauptungen nochmals fest, daß der Kaiser mit dem Herzog von Cumberland über dessen Bleiben oder Nichtbleiben in Kopenhagen während des Kaiserbesuches, wie insbesondere über die braunschweigische Frage, keinerlei Gedankenaustausch gepflogen hat oder in seinem Auftrage durch andere hat pflegen lassen. Kaiser Wilhelm hat weder eine Mitteilung von dem Herzog oder in dessen Namen erhalten, noch ihm eine solche gemacht. Der Herzog ist damals aus freien Stücken einer Begegnung mit Seiner Majestät ausgewichen. Dabei bleibt es!

Berlin. (Priv.-Tel.) Der bisherige interimistische zweite Vorstandsbeamte bei der Reichsbankstelle in Zwickau Rogge wurde zum zweiten Vorstandsbeamten, der bisherige interimistische Bankvorsteher Koch in Pegau zum Bankvorsteher, der Buchhaltereiassistent Schoof in Leipzig zum Bankkassierer und der bisherige Reichsbuchhalterei-Assistent Marr in Merane zum Bankbuchhalter ernannt.

Hamburg. Der Postdampfer „Erva Woermann“ ging heute abend 8 Uhr mit einem Truppentransport in Stärke von 36 Offizieren und 900 Unteroffizieren und Mannschaften nach Swakopmund ab. Die offizielle Verabschiedung des Transports fand nachmittags durch Generalmajor von der Goeben statt.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Der von Rosario eingelaufene englische Dampfer „Westgate“ strandete auf der Unterelbe. Zahlreiche Schlepper gingen zur Unfallstelle ab.

Hamburg. Die Hamburg-Amerika-Linie hat den Stettiner „Vulkan“ mit dem Bau eines großen Doppelschrauben-Schnelldampfers für die Fahrt von Hamburg nach Südamerika beauftragt. Der Dampfer soll an Geschwindigkeit alle bisher an der Fahrt zwischen Europa und Südamerika beschäftigten Schiffe erheblich übertreffen.

Bonn. Bei der gestrigen Reichstags-Ersatzwahl im 4. Wahlkreise des Regierungsbezirkes Köln (Kreis Rheinbach-Bonn), die durch die Mandatsniederlegung des Abg. Spahn-Zentrum erforderlich geworden war, wurde Dr. Spahn wiedergewählt. Er erhielt, dem „Bonner Generalanzeiger“ zufolge, 3615 Stimmen. Der Gegenkandidat Erdmann (Soz.) erhielt 1008 Stimmen.

Karlsruhe. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer erklärte Minister Schenkel in Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation betreffend die Arbeiterkammern folgendes: Die Reichsregierung beabsichtige die Ausarbeitung eines Gesetzes betreffend die Arbeitervertretung, sobald die Reichsgesetzgebung über die Berufsvereine zum Abschluß gelangt sei. Die badische Regierung sei bereit, im Bundesrate an der Schaffung eines solchen Gesetzes mitzuwirken. So lange die Gewißheit bestehe, daß das Reich diese Frage lösen werde, erachte es die Regierung nicht für geboten, durch Landesgesetzgebung selbst auf diesem Gebiete vorzugehen.

München. In der Kammer der Abgeordneten rief die Neuforderung einer Feldzeugmeisterei eine lebhafte Debatte hervor. Klement (Soz.) sprach gegen die Forderung. Heim (Zentr.) bekämpfte gleichfalls die Schaffung einer Feldzeugmeisterei und wünschte die Errichtung einer Artillerie-Inspektion. Für die Selbständigkeit der bayrischen Truppen sei es bedenklich, daß jetzt immer eine preußische Artillerie-Inspektion nach Bayern komme, und daß sich die Qualifikation der bayrischen Offiziere auf das Urteil dieser preußischen Artillerie-Inspektionen aufbaue. Casselmann (lib.) bemerkte, im Ausschuß hätten auch die politischen Freunde Heims die Feldzeugmeisterei genehmigt. Die preußische Inspektion beschränke sich lediglich auf Schießversuche und erstrecke sich nicht auf das Truppenkommando. Das sei kein Preisgeben der bayrischen Selbständigkeit. Das Besichtigungsrecht stehe dem Kaiser nach den Versailler Verträgen zu. Eine Qualifikation der Truppenführer durch preußische Generäle erfolge bei dieser Inspektion des Schießwesens nicht. Kriegsminister Freiherr v. Horn begründete nachdrücklich die Forderung für die Feldzeugmeisterei. Die Inspektion durch preußische Offiziere erfolge aller zwei Jahre und beziehe sich lediglich auf die Gleichmäßigkeit der Schießausbildung. Von Qualifikationen sei keine Rede. Die Berichte der preußischen Inspektionen könnten uns mit hoher Befriedigung erfüllen. Nach einer weiteren Polemik zwischen Dr. Heim, Casselmann und dem Kriegsminister wurde die Feldzeugmeisterei durch die Stimmen der Sozialdemokraten und des größeren Teiles des Zentrums abgelehnt.

Budapest. (Priv.-Tel.) Der Reichstag soll angeblich Ende Januar aufgelöst werden, ohne Neuwahlen anzuordnen, wodurch die Verfassung rechtlich und tatsächlich aufgehoben wäre. Begründet wird diese Maßregel u. a. damit, daß die Einführung der Handelsverträge auf dem Verordnungswege nicht gut möglich erscheine, wenn das Abgeordnetenhaus am 1. März zusammentrete.

Paris. In der heutigen Nachmittagssitzung der Deputiertenkammer, in der Loumer präsidierte, wurde die Beratung des Budgets wieder aufgenommen.

Paris. Dem Ministerium des Äußeren zugegangene Meldungen bestätigen, daß der französische Geschäftsträger Taiann in Venezuela, als er den französischen Transportdampfer, auf dem er sich befand, verlassen wollte, wegen der Haltung der venezolanischen Behörden nicht an Land gehen konnte.

Gibraltar. Das amerikanische Geschwader ist nach Tanger in See gegangen.

Brüssel. (Priv.-Tel.) Der Erbschaftsprozeß gegen König Leopold von Belgien, den Gräfin Stephanie Lonyay und zehn Pariser Gläubiger der geschiedenen Prinzessin Luise von Koburg wegen der Hinterlassenschaft der Königin Henriette führen, gelangte heute vor dem Kassationshofe zur Verhandlung in letzter Instanz. Das Zivilgericht und das Appellationsgericht hatten die Kläger abgewiesen, die die Gültigkeit der Wiener Akten von 1853 bestreiten und auf Grund des Zivilrechts die Liquidation des Vermögens der verstorbenen Königin Henriette fordern. Die Verhandlungen, die sehr zeitraubend sind, dauern fort.

Hergatz. Das Luftschiff des Grafen Zeppelin wurde nach seiner gestrigen glatten Landung im Allgäu durch einen Sturm erheblich beschädigt. Wie die Besichtigung ergeben hat, sind weitere Flugversuche vorläufig ausgeschlossen.

London. Der frühere Minister Chaplin, ein ausgesprochener Schutzzöllner, wurde bei der Wahl in Lincoln-Shire, das er seit 1868 im Unterhause vertrat, nicht wiedergewählt. Auch Fellowes, der frühere Ackerbauminister im Kabinett Balfour, ist nicht wiedergewählt worden. Ebenso sind der frühere Minister Brodrick und der frühere Sekretär der Admiralität Pretyman bei der Wahl zum Unterhause unterlegen. — Nach den bis heute vormittag 11 Uhr eingegangenen Wahlergebnissen sind gewählt worden: 168 Liberale, 31 Vertreter der Arbeiterpartei, 51 Nationalisten, 74 Unionisten.

London. Wie „Daily Telegraph“ aus Tokio meldet, hat der neue japanische Premierminister Marquis Saionji auf eine Glückwunsch-Depesche des Reichskanzlers Fürsten Bülow diesem nachstehendes Antworttelegramm zugehen lassen: „Ich werde mich bemühen, soweit es irgend in meiner Macht liegt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Deutschland zu festigen und schätze mich besonders glücklich, darin mit einem so sympathischen und aufrichtigen Staatsmanne, wie Sie es sind, zu arbeiten.“

London. (Priv.-Tel.) Der Wiener Korrespondent der „Times“ meldet, der Obergespan sei auf dem Wege zum Regierungsgebäude in Szegedin von einer großen Volksmenge angegriffen und mit faulen Eiern beworfen worden. Um die Empörung der Menge niederzudrücken und den Obergespan zu schützen, ist die gesamte Garnison von Szegedin herbeigerufen worden. Die Truppen feuerten auf die Menge, wobei viele Personen verwundet wurden.

London. (Priv.-Tel.) Die Aussichten auf kommerzielle Wiedervergeltungsmaßregeln Deutschlands gegen Amerika erregen, wie der „Daily Telegraph“ aus Washington meldet, große Besorgnis in amerikanischen Handelskreisen, die erinnern, daß Deutschland nach England der beste Kunde der Vereinigten Staaten ist. Vielfach werden Beschwerden über die Untätigkeit des Kongresses laut, und gleichzeitig erhalten die Kongreßvertreter der landwirtschaftlichen Staaten des Westens von ihren Wählern Briefe mit der Bitte, einen Zollkrieg zu verhindern. Man erkennt, daß der Senat in seiner gegenwärtigen Gestalt ein unüberteigbares Hindernis für die Reziprozität im Handel ist.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die britische Friedensliga ließ dem Zaren eine Adresse überreichen. Die Antwort besagt, daß die russische Regierung in allernächster Zeit den Mächten das Programm für die zweite Friedenskonferenz zu überreichen beabsichtige.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 213,10. Diskonto 189,80. Dresdner Bank 156,10. Staatsbahn —,—. Lombarden 31,—. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen 68,—. Türkenlose —,—. Fest.

Paris. (5 Uhr nachmittag.) Rente 99,09½. Italiener 104,65. Spanier 92,15. Neue Portugiesen 68,50. Türken (unific. Anleihe) 92 62½. Türkenlose 140,40. Ottomanbank 841,—. Suezkanal —,—. Lombarden 126,—. Fest.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Januar 23,90, per März-Juni 24,55, ruhig. Roggen per Januar 21,75, per Mai-August 63,—, fest.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per März —,— per Mai —,—. Roggen per März —,—, per Mai —,—. Geschäftslos.

Oertliches und Sächsisches.

— Prinz Ludwig von Bayern nahm gestern abend 9 Uhr nach der Rückkehr von Moritzburg beim Prinzen Johann Georg im Palais an der Zinzendorfstraße das Souper ein. Es waren 16 Gedecke aufgelegt. Nach dem Souper begab sich Prinz Ludwig nach dem Hauptbahnhofe und trat von dort die Rückreise nach München an.

— Ihre Königl. Hoheiten der Kronprinz und die Prinzen Friedrich Christian und Ernst Heinrich besuchten in Begleitung ihres Militär-Gouverneurs Freiherrn O'Byrn das Welt-Panorama, Waisenhausstr. 16, 1., und erfreuten sich an den herrlichen Aufnahmen von Tirol. Die Bilder sind noch bis mit Sonnabend ausgestellt.